

## Kirchliche Stellungnahmen zur Schule und zum RU

Quellen: Vorlesungsmitschrift Schweitzer; Schweitzer, Religionspädagogik, 85-88; Kunstmann, Religionspädagogik, 108-114

Die Bedeutung der kirchlichen Stellungnahmen ergibt daraus, dass der RU „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft erteilt“ (Art. 7,3 GG) wird. Dazu existieren landeskirchliche Äußerungen und Stellungnahmen der EKD. Bedeutsam sind die Stellungnahme „*Zu verfassungsrechtlichen Fragen des Religionsunterrichts*“ (EKD 1971) und die Denkschrift „*Identität und Verständigung. Standort und Perspektiven des Religionsunterrichtes in der Pluralität*“ (EKD 1994).

### 1) EKD 1971: „Zu verfassungsrechtlichen Fragen des RU“

Art. 7 GG wird von Art.4 GG her ausgelegt, d.h. der RU wird als **Ausdruck positiver Religionsfreiheit** und als „Sicherung der Grundrechtsausübung“ aufgefasst. RU ist kein Privileg der Kirchen zu ihrer Bestandssicherung. Man leistet nicht der Kirche einen Dienst, sondern allen Bürgern, die diesen Dienst in Anspruch nehmen wollen.

- RU muss pädagogisch und theologisch verantwortet werden.
- Das biblische Zeugnis von Jesus Christus ist und bleibt bestimmend.
- Glaubensaussagen und Bekenntnisse sind im geschichtlichen Zusammenhang zu verstehen und in jeder Gegenwart einer erneuten Auslegung bedürftig.
- Der Zusammenhang mit dem Zeugnis und Dienst der Kirche muss gewahrt werden.
- Mit Blick auf den Lehrer bedeutet dies: RU soll [1.] auf wissenschaftlicher Grundlage und [2.] in Freiheit des Gewissens betrieben werden. [3.] Das Verstehen Andersdenkender wird gefordert, ebenso [4.] die Auseinandersetzung mit nichtchristlichen Religionen und nichtreligiösen Überzeugungen.

### 2) EKD 1994: „Identität und Verständigung. Standort und Perspektiven des RU in der Pluralität“

Die Denkschrift bietet eine Auslegung von „Konfessionalität in evangelischer Sicht“ und entwickelt **Vorschläge für fächerübergreifende Kooperationen**. Gemeint ist in erster Linie die evangelisch-katholische Kooperation, aber auch andere Formen des „ökumenischen, interkulturellen und interreligiösen Lernens“ (EKD 1994, 69f.) kommen in Betracht.

RU wird pädagogisch begründet: Nicht die Kirche, sondern die Kinder stehen im Mittelpunkt. Der konfessionelle RU wird mit reformatorischen Entscheidungen begründet - Stichwort: Identität. Diese „dient aber im Vollzug ihrer Evangelizität der Katholizität der Kirche“ (EKD 1994, 63) und ist deshalb auf die Ökumene ausgerichtet. RU kann nur ökumenisch sein, wenn er auch als evangelisch im genannten Sinne verstanden wird. Eltern und Schüler sollen ein Recht haben ihre Kinder in einen RU schicken zu können.

Die katholische Kirche hat auf diese Denkschrift mit dem Bischofswort „*Die bildende Kraft des Religionsunterrichts*“ (1996) geantwortet: Ökumenisch kann nur sein, wer konfessionell gebunden ist. Der entscheidende Unterschied bestehe in der sog. „konfessionellen Trias“: Lehre – Lehrer - Schüler (diff. evangelische Seite) müssen katholisch sein.

### Zusammenfassung

- a) Zu beobachten ist eine deutliche Entwicklung weg von einer kirchlichen Begründung hin zu einer **bildungstheoretischen Begründung**. Dies bedeutet nicht, dass kirchliche Interessen keine Rolle mehr spielen dürfen.
- b) RU öffnet sich konzeptionell für die **Pluralität** der Gesellschaft: Kein Gewissenszwang für Schüler, Lehrer und Eltern.
- c) Zu beobachten ist eine Entwicklung hin zur **ökumenischen Zusammenarbeit** – jedoch unter Vorbehalt.